

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Zugpreis vierteljährlich 1,50 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: J. Gais
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rüststraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 6808.

Leserzuzugsbefrei für die sechsgeplattete Kolonelleiste:
Arbeitsvermittlung 1,50 Mark, andere Anzeigen 3.— Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Voraussetzungen der Sozialisierung

Im Kampf, der wissenschaftlichen Wochenschrift der österreichischen Sozialdemokratie, spricht sich Karl Kautsky erneut über die beträchtlichen Schwierigkeiten aus, die einer Sozialisierung in größerem Umfang unter den gegenwärtigen Verhältnissen entgegenstehen. Er wendet sich vor allem scharf gegen jene Auffassung, die in der Revolution eine bloße Lohnbewegung sieht, weil diese Auffassung eines der größten Hindernisse eines wirklichen und dauernden Sozialismus sei. Soeben führt er aus, daß von einer erfolgreichen Sozialisierung nicht die Rede sein könne, wenn es nicht gelänge, zwei große Schichten der heutigen Gesellschaft, nämlich die Intellektuellen und die Bauern, für dieselbe zu gewinnen oder wenigstens die Gegnerschaft derselben gegen die Sozialisierung zu überwinden. Die Bauern aber könne man nur gewinnen, wenn ihnen die Sozialisierung billigere Preise der industriellen Produkte, die sie kaufen müssen, bringe. Dies aber könne nur auf dem Wege einer möglichst hohen Produktivität ermöglicht werden. Ueber die Frage, ob eine solche erhöhte Produktivität der Arbeit in den sozialisierten Betrieben gegenüber der Arbeit unter dem kapitalistischen Regime möglich sei, führt nun Kautsky aus:

Über: Wie hoch auch die Ueberlegenheit der sozialistischen über die kapitalistische Produktion sein mag, kann sie sich auch sofort äußern? Die Erfahrung hat uns gezeigt, daß alle die modernen Maschinen und Verbesserungen, die heute so Ungeheures leisten, Jahre der Erprobung erfordern, die oft sehr teures Lehrgeld kosteten, ehe das an sich richtige und fruchtbare Prinzip in allen Einzelheiten so ausgearbeitet war, daß es allen Schwierigkeiten standhielt, auf die man erst in der Praxis stieß, denen der Konstrukteur nicht von vornherein Rechnung tragen konnte. Einer der Gründe, warum die modernen Maschinen und Entdeckungen vom großen Kapital monopolisiert werden, liegt darin, daß dieses eben die Mittel besitzt, die Periode des Lehrgeldes zu überwinden, die mit jedem Fortschritt verknüpft ist, mag er noch so vorteilhaft und erfolgreich sein. Die großen Entdecker und Erfinder, die über solche Mittel nicht verfügten, haben sich in der Regel finanziell verblüht, wenn sie versuchten, die Ergebnisse ihrer Forschung praktisch zur Anwendung zu bringen.

Die revolutionären Staaten Osteuropas mit ihren ganz oder halb sozialistischen Regierungen befinden sich heute in der Lage jener armen Entdecker. Die erste praktische Anwendung der großen Erfindung des Sozialismus findet ihre beste Vorbedingung in einem reichen Staat, dem es nicht schwerfällt, das für die Anfänge der Sozialisierung nötige Lehrgeld aufzubringen. Die Staaten Osteuropas sind durch den Weltkrieg zu Bettlern geworden, wo wollen sie dieses Lehrgeld hernehmen? Die Kapitalisten des Westens werden es ihnen für sozialistische Zwecke sicher nicht pumpen.

Und der Bauer ist kein sozialistischer Idealist. Er würde sich gewiß nicht in die Unkosten eines Kampfes gegen den Sozialismus stürzen, wenn dieser ihm keine Nachteile brächte. Aber er wird sich ebenso gewiß gegen die Sozialisierung wenden, wenn diese seine Lage verschlechtert, wäre es auch nur vorübergehend und wäre es auch zu dem Zwecke, spätere große Vorteile anzubahnen. Mit theoretischen Zukunftsaussichten macht man keinen Einbruch auf dem Boden.

Der Vergleich zwischen sozialistischer und kapitalistischer Produktion wird ihm bald anschaulich vorgeführt werden, sobald der internationale Verkehr wiederhergestellt wird. Wenn die Staaten des Westens Produkte kapitalistischer Industrie einführen, die billiger oder besser sind als die der sozialisierten Industrie des Ostlands, wie soll diese sich gegen jene ohne Zwangsmaßnahmen behaupten, die stets eine schwere ökonomische Belastung bedeuten? Der städtische Arbeiter mag für den Sozialismus Opfer bringen, den Bauern macht jedes derartige Opfer, das ihm aufgezwungen wird, zum entschiedenen Gegner sozialistischer Produktion.

Hier liegt sicher eine gewaltige Schwierigkeit für jegliche Sozialisierung unter den gegebenen Verhältnissen — der Verarmung des Staates und der Macht der Bauernschaft. Aber sie ist deswegen doch nicht unmöglich. Nicht um vor der Sozialisierung abzuschrecken, weisen wir auf die Schwierigkeiten hin, sondern um das Proletariat und seine Freunde aufzufordern, sich mit diesen Schwierigkeiten vertraut zu machen, damit sie imstande sind, sie zu bemeistern.

Wenn jemand einen hohen, schwer zugänglichen Alpen Gipfel besteigen will, dann ist nicht derjenige Führer der beste, der ihm vorredet, der Weg sei kurz und mühelos. Ein Wanderer, der im Vertrauen darauf in Bodenschuhen, mit einem Spazierstock, ohne Proviant den Aufstieg versucht, der wird den Gipfel nie erreichen. Er kann unterwegs verunglücken. Nur derjenige Führer dient ihm, der ihn auf die Schwierigkeiten aufmerksam macht und ihn dadurch veranlaßt, sich für sie gehörig auszurüsten.

Je weniger wir uns heute den Durns von Lehrgeld für verunglückte Experimente erkaufen dürfen, desto notwendiger wird es, jede Sozialisierung genau vorzubereiten. Nichts ist ökonomischer ruhmloser als die überhastete, schablonenhafte Manier der Sozialisierung, wie sie in Rußland und Ungarn vorgenommen wurde. Es wird aber bei unserer Armut auch doppelt notwendig, wo sozialisiert wird, jene Seiten besonders stark hervorzuheben zu lassen, die die sozialisierte Arbeit produktiver machen als die kapitalistische, und andererseits alles zu vermeiden, was jene Arbeit unproduktiver machen könnte.

Daher ist es unbedingt notwendig, von einer Beseitigung des Arbeitslohnes abzusehen, die fast überall als selbstverständliche Begleiterscheinung der Sozialisierung betrachtet wird. Bittere Erfahrungen haben bereits die russische Sowjetrepublik gelehrt, den Arbeitslohn wieder in Anwendung zu bringen. Es ist richtig, daß Marx die juristischen Nachteile aufgezeigt hat, die der Arbeitslohn unter kapitalistischer Anwendung mit sich bringt. Indes zeigt er ebenso die Nachteile des Maschinenwesens, der Frauennarbeit, der Rüstarbeiten. Und doch betrachtet er jede dieser Erscheinungen als einen Fortschritt, entweder schon heute oder doch unter sozialistischer Produktion — unter bestimmten Bedingungen selbst die Arbeit von

Kindern. Alle diese Einrichtungen bekommen eben in der sozialistischen Produktion ein ganz anderes Gesicht, als sie es heute haben. Dasselbe gilt vom Stücklohn, ganz abgesehen davon, daß Marx konstatieren konnte, wie schon innerhalb des Kapitalismus der „größere Spielraum, den der Stücklohn der Individualität bietet, dahin strebt, die Individualität und damit Freiheitsgefühl, Selbständigkeit und Selbstkontrolle der Arbeiter zu entwickeln“. („Kapital“ I, 5. Auflage, Seite 518.)

Den Nachteil, den Marx von der Arbeit der Arbeiter befürchtete, sah er darin, daß sie die „Konkurrenz der Arbeiter unter- und gegeneinander entwickelt“. Dieser Nachteil ist bei dem heutigen Stande proletarischer Organisation in einem proletarischen Staat sicher nicht zu befürchten. Schon die Einführung des Stücklohnes würde die Produktivität der sozialisierten Industrien sehr heben. In gleicher Richtung müßte wirken die Ausschaltung der technisch unzulänglichen oder unzuverlässigen Betriebe, die Konzentrierung der Produktion in den best-eingerichteten Betrieben, deren Leistung durch Sichtarbeit auf höchste zu steigern wäre. Schon die Trübsal haben derartige eingerichtet, aber ein sozialistischer Industriezweig vermöchte das viel vollkommener durchzuführen.

Dazu hätte sich noch ein dritter Faktor zu gesellen. Die kapitalistische Fabrik ist eine autokratische, die sozialisierte eine demokratische Einrichtung. Der Opposition gegen die Autokratie steht nur eine Methode zur Verfügung: die Gewalt. Die Insurrektion, der Bürgerkrieg im Staate; der Streik im kapitalistischen Betrieb. Der große Vorteil der Demokratie besteht darin, diese gewalttätigen, zerstörenden Methoden überflüssig zu machen, den Fortschritt weniger schmerzhaft und operativer zu gestalten.

Hier vor allem könnte die sozialisierte Produktion der kapitalistischen gegenüber sofort ihre Ueberlegenheit beweisen — unter der Voraussetzung, daß die Arbeiter intelligent und diszipliniert genug sind, die Methoden der Demokratie zweckmäßig anzuwenden und so die Waffe des Streiks in den sozialisierten und damit demokratisierten Betrieben überflüssig zu machen.

Sind die sozialisierten Betriebszweige vor Streiks gesichert — durch die Einsicht der Arbeiter, nicht durch staatlichen Zwang, der nie Arbeitsfreudigkeit erzielen kann —, werden in jenen Betriebszweigen die unzulänglichen Betriebsstätten ausgeschaltet, wird endlich in ihnen die Stückarbeit eingeführt oder erhalten, soweit die Technik des Arbeitsprozesses sie mit sich bringt, dann ist zu erwarten, die Sozialisierung werde in allen heute schon dazu geeigneten Industriezweigen so günstige Resultate sichern, daß sie trotz anfänglichem Lehrgeld sich den kapitalistischen Methoden ökonomisch sofort gewachsen zeigt, so daß jeder weitere Fortschritt der Sozialisierung zu einer Ueberlegenheit über den kapitalistischen Betrieb hinaus führt.

Vermag man dies zu erreichen, dann werden alle ehelichen und tüchtigen Intellektuellen, die nicht schon theoretische Einsicht zu uns führten, durch den Anschauungsunterricht weit sicherer sozialistischer Ueberzeugung und Betätigung zugeführt werden, als es durch diktatorische Gewalt oder gar durch systematische Korrumption erreichbar wäre. Aber auch die Gegnerschaft der Bauern wird dann nicht zu fürchten sein, wir werden sie vielmehr bald in zuverlässige Bundesgenossen umwandeln können.

Hat das Proletariat die Intellektuellen und die Bauern hinter sich, dann braucht es die Kapitalisten nicht zu fürchten. Es wird mit ihnen fertig ohne jegliche Diktatur, durch die Methoden der Demokratie. Die Kapitalistenklasse könnte zu einer dem Proletariat gefährlichen Macht im Staate nur wieder werden mit Hilfe der Bauern und der Intellektuellen. Von diesen Schichten hängt die nächste Zukunft des Sozialismus ab.

Zum Streit um das Taylorsystem

Im Lande des Taylorismus.

Es ist gerade zehn Jahre her, daß Taylor sein System in Buchform der großen Öffentlichkeit unterbreitete. Die deutsche Arbeiterpresse habe ich damals, gleich nach Erscheinen des Buches, mit seinem Inhalt vertraut gemacht,* wie ich schon vorher auf dem Wege von Newport nach San Francisco der Meinung war, auf die ich zuerst in einem Stahlwerk bei Pittsburg stieß, nachgegangen war. In Europa machte es damals scheitern, als ob dieses System in der amerikanischen Industrie so ziemlich allgemein angenommen sei. Mein, ganz entgegen dem Zeitungsberichten, fand ich es nur in ein paar Fabriken im Versuch, wurde es nur in solchen Fabriken angewendet unternommen, wo wenig oder gar keine organisierten Arbeiter beschäftigt wurden. Kein Wunder.

Das System birgt unleugbare Vorteile auch für den Arbeiter, so- wie er als Verbraucher in Frage steht. Vorteile, die dem Fachmann schon nach kurzer Betrachtung in die Augen schlagen. Denn dem System liegt eine weitgehende Standardisierung zugrunde, das ist Verminderung der Produktzahl auf wenige einheitliche Typen, Verwendung der bestgeeigneten Maschinen, Einrichtung des Betriebes in der Weise, daß die Arbeitsplätze in gerader Linie laufen und anderes mehr. Diese Eigenheiten müssen zu einer Verbilligung der Erzeugung führen, die letzten Endes auch dem Arbeiter als Verbraucher mit zugute kommt. Dem Unternehmer freilich noch mehr. Diese Vorteile haben aber wenig Belang für den Arbeiter neben den Nachteilen, die ihm das System unleugbar bringt. Und wenn es einen gegeben hätte, der die Nachteile leicht genommen hätte, der wäre durch die Erklärung andern Sinnes geworden, die Taylor in seinen Shop Instructions (Werkstattunterweisungen) gibt: „Alle Arbeiter haben sich zu vergegenwärtigen die Tatsache, daß jede Fabrik vorerst, einzig und immer zu dem Zweck da ist, Erzeugnisse an die zu zahlen, die sie besitzen.“ Hätte sich der autokratische Urheber der wissenschaftlichen Betriebsführung in der Seelenkenntnis der Arbeiter nicht dermaßen als Autokrat gezeigt, er hätte seinen Gönnern, den Unternehmern, vielleicht mehr z. nützen vermocht, als es tatsächlich geschehen ist.

* Siehe Metallarbeiter-Zeitung Nr. 22 und 23/1906: Ueber die Kunst der Metallbearbeitung.

Die Arbeiter, besonders die gelehrten, organisierten, fühlen instinktiv und ganz richtig, daß hier eine Neuerung auf ihre Kosten versucht werden sollte. Sie setzten sich tatkräftig zur Wehr. 1911 fehlte in Amerika eine große vom Gewerkschaftsbund geleitete Gegenbewegung ein, der es sogar gelang, die Gesetzgebung für sich zu gewinnen. 1912 kamen die ersten Gesetzesentwürfe, die sich 1916 zur Taft-Bill veränderten, wonach es gekehrt verboten ist, die Mittel des (Kriegs-) Budgets zur Bezahlung von Leuten zu verwenden, die die Arbeitszeit oder die Bewegungen von Arbeitern mit Stoppuhr und ähnlichen Mitteln überwachen, wodurch in den Staatsbetrieben dem Taylor-System der Garaus gemacht wurde. In der Privatindustrie sorgten die Gewerkschaften dafür, daß es sich nicht einnisierte, und sie sind darin ebenso erfolgreich gewesen wie bei der Hintanhaltung des Stücklohnes, der gleichzeitigen Arbeit an zwei oder mehr Maschinen und ähnlichem.

Durch alles das ist aber nicht verhindert worden, daß das System weiter studiert wurde. Das Taylorsystem hat die Reise um die Welt gemacht, nicht gerade in der Industrie, wohl aber in der Literatur. Die davon handelnden Bücher und Aufsätze sind zu Bergen angewachsen, darunter recht gründliche Arbeiten, wie die Berichte des amtlichen Committee on Industrial Relations and Labor, dann das auskunftreiche Werk des Professors Hoxie über Scientific Management and Labor (Wissenschaftliche Betriebsführung und die Arbeiterfrage), von den unzähligen Zeitungsausschnitten ganz zu schweigen. Damit wird es aber noch lange nicht sein Bemenden haben. Die literarische Behandlung wird nun, nach der großen Umwälzung, die sicherlich weiter westwärts gehen wird, noch kräftig weitergehen, fortan allerdings unter anderen, besseren, sozialeren Gesichtspunkten.

Dem guten Kern, den das System bestimmt birgt, wird fürderhin die größte Aufmerksamkeit gelten; er wird herausgeschält und unter diesem Namen oder jener Form vertwert werden. Die Welt leidet unter einem großen Mangel an Gebrauchsgütern. Die Menschheit schreit nach mehr Waren, um ihre Not zu lindern, die Arbeiterschaft nach kürzerer Arbeitszeit und mehr Lohn, um endlich einer höheren Wohlfahrt teilhaftig werden zu können. Sollen diese Schreie erhört werden, dann muß nach einer ergiebigeren Arbeitsweise gegriffen werden, aber eine, die den Arbeiter nicht mehr belastet, sondern ihn entlastet. Das gilt vor allem in den Ländern, deren Warenmangel durch einen rückwärtigen Produktionsapparat verschlimmert wird. Unter untrüglichem Warenmangel leiden jetzt alle europäischen Länder und ihr Produktionsapparat ist gleichfalls, wenn auch in verschiedenem Grade, recht verbesserungsbedürftig. Belgien hat unter beiden Uebeln zu leiden, und mehr als irgendein anderer europäischer Staat. Die Notwendigkeit einer gründlichen Umgestaltung seiner Warenherzeugung hat die Regierung noch während des Krieges bestimmt, eine Kommission nach Amerika zu senden, um dort die geeignetsten Mittel zu studieren, die nach dem Kriege in Belgien einzuführen wären, als auch die passendsten Werkzeuge und Arbeitsweisen für den Wiederaufbau der belgischen Industrie herauszufinden.

Die siebenköpfige Kommission weilte vom April bis Juli 1918 in den Vereinigten Staaten. Es gehörten ihr ein Professor der Mechanik, zwei Soziologen, ein Physiologe und ein Handarbeiter an. Unter ihnen befand sich der bekannte belgische Sozialist De Man. Dieser ist als erster mit seinem Bericht erschienen. Sein Buch Au Pays du Taylorismus (Im Lande des Taylorismus) beschränkt sich auf die soziale und Arbeiterseite des Taylorsystems, ein Gebiet, das dem Forscher noch sehr viel bietet. Indes, von größerer Wichtigkeit deutet mich zurzeit der zweifelhafte Nachweis der größeren Ergiebigkeit des neuen Systems den anderen neuesten Arbeitsweisen gegenüber. Schade, daß De Man, der Sozialist, nicht mit sachmännischer, in der Praxis geübtem Auge die Sache betrachten konnte, er hätte mehr Fragen nach der größeren Ertragsfähigkeit beantwortet können, Antworten, wovon die Einführung des Systems letzten Endes entschieden wird. Vielleicht bringen die Berichte der anderen Kommissionsmitglieder Klarheit in dieser entscheidenden Sache.

De Man gesteht, wie viele Stellen seines Berichtes bezeugen, dem Taylorsystem eine Ueberlegenheit zu. Leider ist dies nicht mit Beispielen aus der Werkstattpraxis belegt, wodurch seine Meinung sehr gewonnen hätte. Die amerikanischen Arbeiter hätten sich zwar demnach streng ablehnend verhalten, allein dies sei eher darauf zurückzuführen, daß nicht Rücksicht auf ihr begreifliches Mißtrauen, welches in solcher Reue das Mind. schärferer Ausbeutung ver- mure und auch nicht auf ihre Empfindsamkeit genommen worden sei. Ihr Widerstand sei besonders durch die „Zeitstudien“, besser durch deren plötzliche, unvorbereitete Anwendung entfacht worden, was die Arbeiter als „invasion of privacy“, als Einbruch in ihre Privatleben verurteilten. So wenig wie der Unternehmer bei Tarifabschlüssen gesteht sei, seine Geschäftsbücher vorzulegen, damit herausgefunden werden könne, ob er mehr zu bewilligen in der Lage sei, so wenig seien die Arbeiter geneigt, ihre Handgriffe und Körperbewegungen mit Stoppuhr zu dem Zwecke messen zu lassen, ob sie noch mehr leisten könnten: Wenn der Unternehmer sich fräube, durch Freiauslegen seiner Geschäftsbücher den Arbeitern sehen zu lassen, daß er mehr bewilligen könne, so dürfe er auch nicht von den Arbeitern erwarten, daß sie ihm freien Einblick in den Vorrat ihrer geistigen und körperlichen Kräfte gestatten. Diese Erwägung, gestützt durch die Tatsache, daß dort, wo Ergebnisse der Zeitstudien zu praktischen Folgerungen kamen, die Arbeiter wohl eine Erhöhung des Lohnes erhielten, dafür aber einen vielfach höheren Ertragszustand einsehender mußten, also der Hauptvorteil dem Unternehmer zugute kam, hat die Arbeiterschaft bestimmt, den Zeitstudien rückhaltlos zu widerstehen. Ja, wenn die Leute sicher gewesen wären, daß es sich um rein wissenschaftliche, nicht interessierte Untersuchungen gehandelt hätte, dann würde ihr Widerstand gegen die Zeitstudien nicht größer gewesen sein als der, den ein Athlet gegen das Wiegen, Messen und Körperliche Untersuchen zutage legt. Aber diese Sicherheit hatten sie nicht, darum ihr Widerstand, dem es gegliedert ist, die Weiterführung der Zeitstudien nachdrücklich so zu hemmen, daß sie nur in ein paar Betrieben durchgeführt werden konnten.

Wie die Zeitstudien, so hat die Werkstattpraxis auch eine andere Hauptursache der wissenschaftlichen Betriebsführung des

Taylor, die "functional foremanship", auf die er so hohen Wert legte, mehr schädlich als nützlich erwiesen, wie De Man das öfteren dar-
 tut. Es gebe in den Vereinigten Staaten überhaupt keinen Betrieb,
 vielleicht abgesehen von dem Laborwerk in Philadelphia, wo das
 Taylor-System vollständig angewandt werde. Die "functional fore-
 manship" besteht darin, die ganze geistige Arbeit in das Bureau zu
 verlegen und eine Anzahl Beamte, eben die Foremen, die Meister, mit
 der Vermittlung und Verantwortung für die richtige Beobachtung der
 Vorschriften zu betrauen. Der eine sorgt für die Instandhaltung der
 Maschinen, der andere für die richtigen Werkzeuge, der dritte, der
 speed-Boss, der Geschwindigkeitsmeister oder Antreiber für
 die schnellste Fertigung. Der Arbeiter hat dann bloß noch die
 Vorschriften auszuführen, sein Denkapparat ist überflüssig, nein, gar
 hinderlich, seine Berufskennntnis kann entbehrt werden, kurz er ist
 nur noch ein Teil der Maschine, der leicht eingeseht und noch leichter aus-
 gelöst, weggetrieben werden kann. "Über", sagt De Man, die
 "functional foremanship" vervielfacht dermaßen die Reibungs-
 lächer, daß daraus unausbleiblich eine Schwächung der Moral
 der Leute entsteht, die sich von den Maschinen durch persönliches Tem-
 perament, Eigenliebe, Unabhängigkeitsgefühl und Berufsneugier unter-
 scheiden, Eigenschaften, die ausgeschaltet werden, wenn nicht die Aus-
 übung gewisser höherer Fähigkeiten gestoppt ist. Aus diesem Grunde
 ohne Zweifel hat die "functional foremanship" in der Praxis Schiff-
 bruch gelitten, denn man findet in den Vereinigten Staaten nur eine
 einzige Zahl von Betrieben, wo sie noch mehr oder weniger in Kraft
 ist, während in anderen, wo sie verdrängt wurde, man sich bald ge-
 zwungen sah, zu dem alten System der Werkstattshierarchie der ge-
 raden Linie zurückzukehren."

Die Taylorische Hierarchie der Werkstatt ist, nach De Man, in
 Amerika als gescheitert zu betrachten. Eine andere Ideenbewegung be-
 herrschte zurzeit das wirtschaftliche Leben Amerikas, die darin bestehn-
 den Grundgedanken der nationalen Regierung, nämlich: die Regierung
 basiert auf der Zustimmung der Regierten, in der Werkstatt zu verwirklichen.
 Wie De Man hundert-
 mal von Arbeitern und Industriellen hat erklären hören, sei am
 Atlantischen wie am Stillen Weltmeer immer noch die beste Methode, die
 Ertragskraft zu steigern, den Arbeiter gut zu entlohnen
 und gut zu behandeln. Alle Wahrheit, einmal mehr bekräftigt.
 Friß Nummer.

Die Sozialisierung im allgemeinen Maschinenbau

Von einem Ingenieur.

Vorbemerkung: Diese Ausführungen sind unter
 Meinung nach zwar noch recht weit davon entfernt, die
 Frage der Sozialisierung des Maschinenbaugewerbes zu
 lösen. Inwiefern liefern sie aber doch einen Beitrag
 dazu und als solche stellen wir sie mit zur Erörterung.
 Wegen des Raummangetels müssen wir aber darauf hin-
 weisen, daß wir allgemeine Auseinandersetzungen über
 die Sozialisierung zweigen müssen. Die Sozialisierung

Die Fabrikation in Maschinenfabriken mit allgemeinem Maschinen-
 bau ist eine sehr vielseitige. Nimmt man das Bestellbuch einer solchen
 Fabrik zur Hand, dann findet man ein hundertbuntes Durcheinander.
 Da bestellt einer eine Dampfmaschine nach besonderem System mit
 Hochleistung, dann will jemand Ersatzteile für eine Eismaschine, eine
 neue Stoßbüchse für den Kompressor; ferner sind verzeichnet eine
 Schieberdampfmaschine 2000er mit Stehlanlage und ein Wasser-
 messer mit Umsteuer Vorrichtung, eine Transmissions, ein Auszug
 für eine Mälzerei, eine Ventilbohrmaschine 200er usw. Welch
 ungeheure Summe von aufreibender Einzelarbeit steckt in einer solchen
 einzigen Bestellung, bis der Auftrag erhalten, ausgeführt, die Maschine
 montiert, abgenommen und bezahlt ist. Verfolgt man noch im Geiste
 alle Stellen, welche so ein Auftrag zu nehmen hat, das Eintragen in
 die Bestellbücher, die Arbeiten im Zeichnungsbureau, die Fertigung der Zeich-
 nungen, die Arbeiten in Magazin, Metallschleiferei, Gießerei, Schlosserei,
 Dreherei, Versand, so wird man begreifen, daß bei so vielerlei Ar-
 beiten viel Zeit als Verlust gebüßt werden muß, daß das eine da und
 dort verloren geht, wo viel gefragt werden muß und wo viel Zeit
 unterlaufen, vor welchen niemand gefeit ist. Es kommt vor, daß ein
 Gießereimeister einen Maschinenrahmen falsch ausführt und es wird
 ihm dann gesagt, daß er noch nicht einmal wisse, was rechts und links
 sei in bezug auf diese Maschine. Ist es ein Wunder, wenn so eine
 Fabrik bei solchem Durcheinander am Jahresende kaum 5 v. H. Ge-
 winn verteilt und wenn die Beamten und Arbeiter trotz großer
 Leistung mit karglichem Lohn nach Hause gehen? Wenn auch kleinere
 Maschinen, Dampfmaschinen, Wassermesser u. a. reihenweise hergestellt
 werden, so doch nicht die größten und die vielen aufgewöhnten
 Maschinen. Was will es heißen, wenn in einer Fabrik alle zwei bis
 drei Monate ein Dutzend Pumpen der gangbarsten Sorte hergestellt
 werden? Auf solche Weise haben viele Fabriken jahrzehntlang ge-
 arbeitet und tun es heute noch.

Es fehlt ein besseres Arbeits- und Erwerbssystem. Die Arbeit
 muß organisiert und die Ware spezialisiert werden, die Modelle und
 Maschinen auf Standard-Maße beschränkt, andererseits kommt das
 deutsche Volk unter dieäder des großen Weltmarktes. Das be-
 stehende, freie Erwerbssystem mit seine nachteiligen Folgen aus, das
 freie Spiel der Kräfte, d. h. die Konkurrenz, wird mit Nummer und
 Sorge ertragen, obwohl das ganze Erwerbssystem längst veraltet und
 tatsächlich unbrauchbar geworden ist. Die Leiden der Bege befinden
 es. Sollte man uns nicht deshalb Dankbaren nennen, weil wir es bei
 diesem Hungerstreik am weitesten gebracht haben? Wir wurde das
 von einem englischen Betriebschef gesagt. Die Sozialisierung allein
 kann nichts dagegen unternehmen, sie muß mit dem Extreme schwimmen.
 Das ist Sache der Regierung.

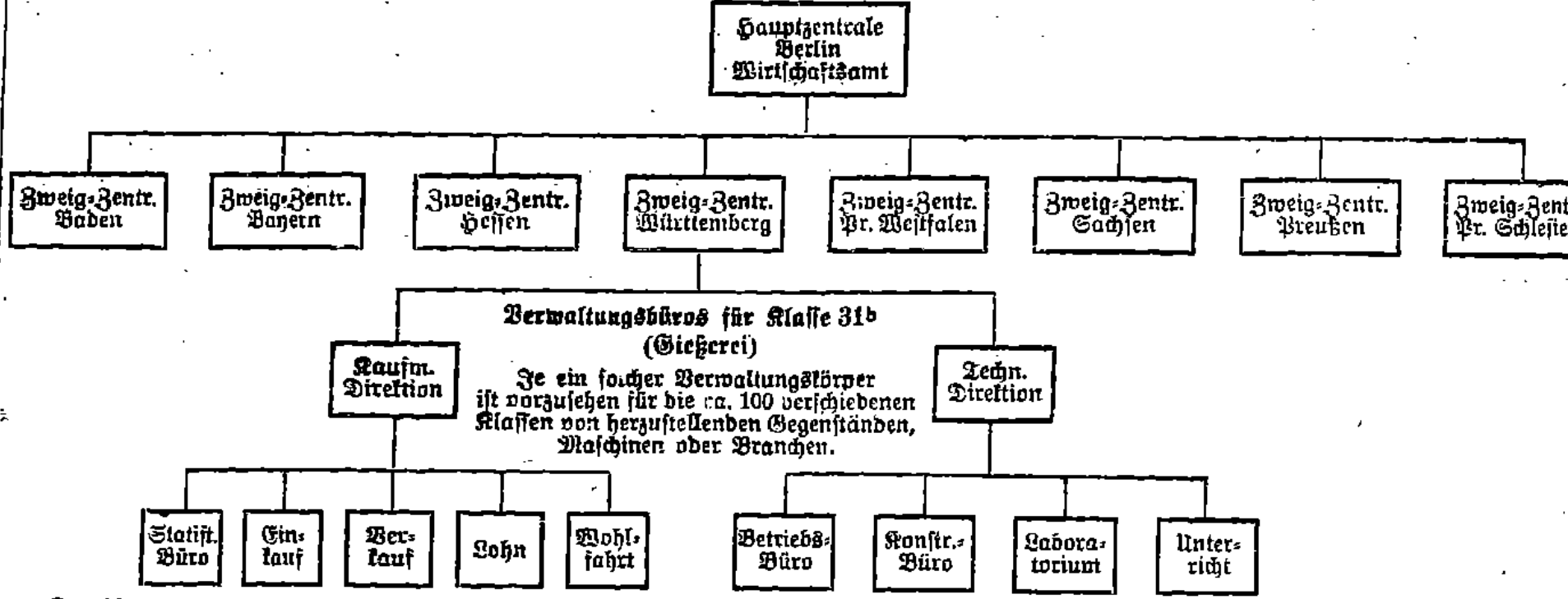
Die Schwierigkeit bei den Sozialisierungen, sich zu spezialisieren,
 liegt heute daran, daß sie nicht wissen, welche Maschinen, welchen Nutzen
 sie anstreifen sollen. Wenn möglichstweise zwei oder drei Firmen
 in nicht zu großer Entfernung den gleichen Nutzen herstellen, was wird
 daraus werden? Der Absatz ist somit die Hauptsache. Es handelt sich
 um große Dinge, um die Erzeugung so vieler Menschen, da auch plan-
 mäßige Organisation einsehen. Die Zusammenfassung des Ges-
 amtwirtschaftlichen kann nur eine Sozialisierung vollbringen, nicht aber
 die bescheidenen charakterigen Sozialisierungen; andererseits zeigen sich die Ar-
 beiter war, sie werden der Arbeit nicht einmal gewöhnlich, weil doch
 nichts verdient wird. Ja, es heißt sogar, man muß die Aufträge
 selbstig, was die Seite zu bekräftigen. Es ist eine durchgreifende
 Sozialisierung im Maschinenbau des ganzen Reiches bringen geboten.
 Die Sozialisierung wird greifbar auf dem ganzen Arbeitsmarkt. Die
 Sozialisierung wird sich der Maschinen Welt und danach. Die ganze In-
 dustrie liegt in den Händen des Staates. Die Erzeugung wird durch
 große Sozialisierung (Borax) geregelt. Ueberproduktion und
 Arbeitslosigkeit, dieses gefährliche Schwelmerpaar, werden unterdrückt
 durch.

Zur Durchföhrung der Sozialisierung fehlt zwar noch ein nüt-
 ziger Wille, ein Kopf, ein Hirn, der die höchsten Verantwortlichkeit
 (privat = nach dem) ein für allemal befreit. Die Massenbewegung mit
 ihrer ungeheuren Arbeitsleistung verlangt geordnete Leitung, sonst
 heißt der einzelne Arbeitergegenstand der Unterwerfung.
 Solange die Parteien nicht von den Ingenieuren im Wirtschaft-
 lichen abgelenkt werden, solange dürfen die Arbeiter von der Sozialisierung
 nichts erwarten. Die Sozialisierung werden dann immer ein

Wechselbalg bleiben. Die Juristen wissen sehr wohl, daß gleichzeitig
 mit der Einführung der Sozialisierung die Privatwirtschaft, ihr von
 den Besitzenden und Feudalen bisher geschützter Mißbrauch außer
 Dienst gesetzt, ihnen entzogen wird. Eine sozialistische, gebundene
 Wirtschaftsform erfordert keine so dicken Gesetzbücher, da wird das

Regieren einfacher, die Advokaten werden entbehrlich. Die Buchhäu-
 und Zurenhäuser entvölkern sich. Arbeiter, wehrt euch um die sofort
 Einführung der Sozialisierung! Handel verdirbt den Charakter, die
 freien die Kriegzeiten deutlich gelehrt. Macht euch unabhängig u
 frei davon.

Entwurf zu einem Verwaltungskörper für die Sozialisierung.



Der Aufbau der Sozialisierung ist so gedacht, daß sich in Berlin
 das Hauptwirtschaftsamt befindet und das ganze Reich in Wirtschafts-
 bezirke oder -länder eingeteilt wird. Die Landwirtschaft ist vorläufig
 nicht einbezogen. Die Einleitung der Sozialisierung ist so vorzu-
 nehmen, daß tüchtige Spezialisten aus den betreffenden Fabrikations-
 zweigen ernannt werden, welche die Fabrikation sämtlicher im Wirt-
 schaftsbereich (z. B. Württemberg) befindlichen Fabriken unter einen
 Hut bringen; gerade so, wie wenn die Fabriken einem einzigen Unter-
 nehmer gehörten.

Die Einteilung der Fabrikation und Büros ist nach Art der
 Patentschriften vorgesehen. Die Organisation wird dadurch wesentlich
 erleichtert. Die Gießereien sollen z. B. unter Klasse 31b und haben
 nur 1 kaufmännischen und 1 technischen Direktor im ganzen Wirt-
 schaftsbereich.

Wirtschaftsbezirk Württemberg (Zweigzentrale).

- a) Kaufmännische Klassenabteilungen mit 1 Direktion.
- I. Je 1 statistisches Büro für Warenbedarf der verschiedenen zirkulären Klassen und Gruppen.
- II. Je 1 Rohmaterial-Einkaufsbüro (Beschaffungsamt).

- III. Je 1 Warenverteilungsbüro (Verkauf, Verteilung).
- IV. Je 1 Lohnbüro für sämtliche Abgestellte (Arbeiter).
- V. Je 1 Wohlfahrts-Einrichtung, da Krankenkassen und Versicherungs-
 wesen wegfallen.
- b) Technische Klassenabteilungen mit 1 Direktion.
- I. Je ein Betriebsbüro für die verschiedenen Klassen (Konstruktions-
 büro für Betriebs-Einrichtungen und Fabrikation).
- II. Je 1 Konstruktionsbüro für die verschiedenen Klassen (Neuerfinden,
 Erfindungen, Musterauswahl, Ausprobieren von Maschinen
 und Laboratorium).
- III. Je 1 Laboratorium für die verschiedenen Klassen (Material-
 prüfungsanstalt, Proberland u. a.).
- IV. Je 1 Meister- und Monteur-Unterrichtsschule, Arbeiterunterrichts-
 Station für Montage, Leitung und Instandhaltung von
 Betrieben.
- c) Lehranstalten in den Fabrikationen.
- Je 1 Lehrwerkstätte für die verschiedenen Klassen. Nachbildung von
 halbgelernten Leuten und Höherbildung aller im Handwerk
 z. B. bei neuen Maschinen oder Arbeitsverfahren.

Die Streitfragen in der Berliner Metallindustrie (Siemens)

Für Montag den 21. Juli 1919 war bekanntlich von der Inter-
 nationale eine Demonstration gegen den kapitalistischen, imperialistischen
 Gewaltfrieden beabsichtigt. Die Berliner Parteileitung der unabhän-
 gigen Partei hatte beschlossen, diesen Tag durch Arbeitsruhe hervorzu-
 rufen. Die Gewerkschaftskommission Berlin, die zu derselben An-
 gelegenheit Stellung nahm, hatte beschlossen, sich den Beschlüssen der
 Parteien anzupassen, d. h. der Gewerkschaften zu empfehlen, sich den
 Beschlüssen der Parteien zu fügen. Angesichts dieser unklaren Stellung-
 nahme blieb den Arbeitern der einzelnen Werke nichts weiter übrig,
 als betriebsweise zu dem Protest des internationalen Proletariats
 Stellung zu nehmen. Dieses geschah auch in den einzelnen Werken des
 Siemenskonzerns. Von den Vertrauensleuten und Funktionären der
 Siemensbetriebe wurde der Beschluß gefaßt, die Arbeit an dem Tage
 ruhen zu lassen. Dieser Beschluß wurde mit folgendem den Arbeitern
 der Werke bekanntgegeben:

Arbeiter! Arbeiterinnen! Parteigenossen! Anlässlich der vom
 internationalen Proletariat am Montag den 21. Juli 1919 ver-
 anstalteten Demonstration gegen den kapitalistischen, imperialistischen
 Gewaltfrieden, für Völkereinheit und Sozialismus, erwarten wir, daß
 alle Arbeitnehmer geschlossen diesem Rufe folgen und die von den
 sozialistischen Parteien veranstalteten Demonstrationen zu einer macht-
 vollen Kundgebung gestalten. Die am Mittwoch den 16. Juli statt-
 gefundene Vertrauensmännerkonferenz hat einstimmig beschlossen, dem
 Ruf der Internationale zu folgen und am Montag den 21. Juli 1919
 die Arbeit ruhen zu lassen. Siemensstadt, den 17. Juli 1919. Der
 Arbeiterrat.

Diese Stellungnahme der Arbeiterschaft forderte den Zorn der
 Generaldirektion der Siemenswerke heraus. Sie erließ eine Bekannt-
 machung, in der es hieß:

"Auf Grund verschiedener Anfragen teilen wir mit, daß am
 Montag den 21. d. Mts. die Betriebe wie gewöhnlich geöffnet sind."

Diese Bekanntmachung der Direktion wurde am Sonntag den
 19. Juli an die jüdischen Vertreter der einzelnen Werke angeheftet.
 Es bestand nun zwischen den Funktionären des Siemenskonzerns und
 der Direktion nach Ansicht der Arbeiter eine Vereinbarung, wonach alle
 Bekanntmachungen und Veröffentlichungen der Direktion, welche Ar-
 beiterfragen betreffen, den Arbeiterausschüssen oder den Vertrauens-
 leuten zwecks Gegegensetzung vorzulegen sind. Die obengenannte Be-
 kenntmachung wurde nun den Arbeiterausschüssen nicht vorgelegt, oder
 soweit sie vorgelegt wurde, von der Arbeiterschaft nicht unterzeichnet.
 Die Direktion hatte, wie in der späteren Sitzung des Schlichtungsaus-
 schusses festgestellt wurde, diese Plakate angeheftet in der Erwartung,
 daß dieselben, da sie die Gegenzeichnung des Arbeiterausschusses nicht
 trugen, abgerissen werden würden. Dieses erwartete Abreißen der
 Plakate war tatsächlich ein. Die Arbeiterschaft (zum Teil waren es
 Funktionäre) entsandte diese Plakate. Die Direktion, die Anweisung
 gegeben hatte, diejenigen zu beobachten, die die Plakate abreißen
 würden, nahm daraufhin umfangreiche Entlassungen vor. Die Ar-
 beiterkassen der Siemenswerke nahen zu diesen Entlassungen Stellung.
 In den verschiedenen Werken des Siemenskonzerns wurden von der
 Direktion auch verschiedene Maßnahmen getroffen. Zu dem einen Werk
 wurden die entlassenen Arbeiter aufgefordert, den Betrieb zu verlassen;
 falls sie dieser Auffassung nicht zustimmen, wurde mit polizeilichen
 Maßnahmen gedroht. In anderen Werken, so im Fernwerk und im
 Maschinenbau, wurde mit der Direktion vereinbart, daß, soweit die Ent-
 lassenen Arbeiterauschüssemitglieder sind, gemäß unserm Kollektiv-
 abkommen die Entlassung nicht durchgeführt wird, bis der Schlichtungs-
 ausschuss entschieden hat. Die Arbeiterschaft dieser Werke berichtigte sich
 dabei. Diese Forderung wurde gegeben am Dienstag den 22. Juli, vor-
 mittags. Im Augenblick derselben Tages wurde diese Forderung auf
 Anweisung der Generaldirektion wieder zurückgezogen. Eine un-
 geklärtet Erregung bemächtigte sich nun der Arbeiterschaft. Vom Ar-
 beiterrat wurde im Best der Verhandlungen angekündigt, um die Wieder-
 einsetzung der Entlassenen, die durch diese Maßnahmen unserer Organi-
 sation waren, zu betreiben. Da diese Verhandlungen ergebnislos
 waren, trat ein Teil der Arbeiterschaft, ungefähr 1000, in passive
 Resistenz. Diese Arbeiter wurden am Abend der Beschüsse des
 Reiches Berliner Metallarbeiter nach zwei Stunden passiver
 Resistenz freigeschaltet. Hand in Hand mit dieser Maßnahme ging
 die weitere Entlassung von Funktionären, jedoch 41 Arbeiter in den
 Werken beschuldigten Arbeiterauschüssemitglieder und Vertrauensleute
 entlassen werden. Die Direktion hat bei erneuten Verhandlungen
 die Wiederentlassung sämtlicher Entlassenen an, wenn die Funktionäre
 aus Vertrauensleuten sich verpflichten, ihre Reserven herzugeben. So
 verpflichten sich die Funktionäre der Generaldirektion als ein Schlag
 gegen unsere Gewerkschaft.

Im Donnerstag den 24. Juli wurde die gesamte Arbeiterschaft des
 Siemenskonzerns, ungefähr 25000 Arbeiter, zu der Sitzung in den
 Reichsgebäude nach Berlin, die Arbeit ruhen zu lassen.

beiterrat wurde nun das Reichsarbeitsamt angerufen. Am
 Freitag den 25. Juli, dem ersten Tag des Streiks, fanden Verhand-
 lungen vor diesem Amte im Beisein eines unserer Angestellten statt.
 Diese Verhandlungen waren völlig ergebnislos, doch wurde vereinbart,
 daß am Sonnabend vormittag der Streitfall in der Sitzung des in-
 unserm Kollektivabkommen vorgesehenen Hauptausschusses beigelegt
 werden sollte. In der Sitzung des Hauptausschusses kamt wir uns
 jedoch ebenfalls nicht näher. In zehnjähriger Verhandlung machte
 wir die Feststellung, daß es Herrn v. Siemens in der Hauptsache
 darauf ankam, festzustellen, ob er und die Generaldirektion, wie vor der
 Revolution, im Wert zu bestimmen haben, oder ob, wie Siemens sich
 ausdrückte, die Arbeiterschaft zu bestimmen habe. Interessant war
 in dieser Sitzung die Feststellung, die wir machen mußten, bezüglich
 des Ausmaßes der freitägigen Bekanntmachung. Herr Direktor
 v. Pötzler gab zu, daß in seinem Wert die Obermeister Arbeit
 gegeben haben, diejenigen, die die Plakate entfernen, zu messen. Herr
 Direktor v. Siemens gab zu, die Erledigung des Streitfalles vor dem
 Schlichtungsausschuss zugesagt zu haben; auf Anweisung der General-
 direktion habe er diese Zusage zurücknehmen müssen. Da wir ohne un-
 parteiischen Vorsitzenden nicht eingewilligt, vereinbart wir mit den
 Arbeitgebermitgliedern des Hauptausschusses auf Montag den 28. Juli,
 nachmittags 3 Uhr, eine neue Verhandlung unter einem unparteiischen
 Vorsitzenden. Wir einigten uns auf Herrn Lüdemann vom Reichs-
 arbeitsamt. Die Sitzung wurde einberufen als eine solche des Schlich-
 tungsausschusses. In dieser Sitzung wurde festgestellt, daß die Arbeiter
 der Siemenswerke durchaus den guten Glauben haben konnten, es be-
 stand eine Vereinbarung, nach der Bekanntmachungen, die die Gegen-
 zeichnung des Arbeiterausschusses oder der Arbeiterrats nicht trugen, nicht
 veröffentlicht werden durften. Von seiten der Arbeitgeber wurde
 energig eine Bestrafung der Funktionäre verlangt. Dieser Auffassung
 traten wir ganz entschieden entgegen, da nach unserer Meinung des
 Schlichtungsausschusses Strafen nicht verhängen konnte. Der Vor-
 sitzende, Herr Lüdemann, paßte sich den Wünschen der Arbeitgeber je-
 doch bis zu einem gewissen Grade an. Es wurde folgender Schlichtungs-
 spruch gefaßt:

"Zur Beilegung des Streiks in den Siemensbetrieben hat der
 Schlichtungsausschuss in seiner Sitzung am 28. Juli 1919 unter dem
 Vorsitz des Herrn Lüdemann, Referent im Reichsarbeitsministerium,
 folgendermaßen entschieden:

Der Schlichtungsausschuss Groß-Berlin ist der Auffassung, daß der
 Betriebsleitung das Recht gewährt werden muß, Bekanntmachungen,
 die sie im Interesse des Betriebes zu machen hat, am schwarzen Brett
 anzuschlagen, und daß kein Arbeiter oder Angestellter berechtigt ist,
 solche Anschläge eigenmächtig zu entfernen. Die Bekanntmachungen
 sind jedoch, soweit sie Arbeiterfragen betreffen, vorher dem Arbeiter-
 ausschuss bezw. dem Betriebsausschuss vorzulegen.

Der Schlichtungsausschuss ist der Ansicht, daß dies im vorliegenden
 Falle ordnungsgemäß geschehen ist und daß daher die Betriebsleitung
 berechtigt war, diejenigen, welche die Anschläge widerrechtlich entfernt
 haben, zu entlassen. Andererseits muß als festzustellen gelten, daß die
 von den Vertretern der Arbeiterschaft mit der Betriebsleitung ge-
 führten Verhandlungen über die Handhabung des Anschlagens zu
 keiner abschließenden Vereinbarung geführt hatten und daß daher
 mindestens ein Teil der Arbeiter des Glaubens sein konnte, daß die
 Betriebsleitung nicht berechtigt war, Anschläge ohne Gegenzeichnung
 des Betriebsrates bezw. des Arbeiterausschusses am schwarzen Brett
 anzuschlagen.

Unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse und des weiteren Um-
 standes, daß zwischen der Betriebsleitung und den Vertretern der Ar-
 beiterkassen keine völlige Übereinstimmung darüber besteht, wie in
 Zukunft die Bekanntmachungen der Betriebsleitung zu behandeln sind,
 beschließt der Schlichtungsausschuss:

1. Die wegen passiver Resistenz entlassenen Arbeiter werden wieder
 eingestellt.
 2. Die wegen dieser Entlassung Streikenden nehmen die Arbeit
 wieder auf.
 3. Die wegen Abreißen der Anschläge entlassenen Arbeiter werden
 nach Verlauf von drei Arbeitstagen nach Wiederaufnahme der
 Arbeit durch die Streikenden wieder eingestellt.
- Der Parteien wird aufgegeben, sich über die Annahme des
 Schlichtungsspruches bis Mittwoch den 30. Juli 1919, vormittags 10 Uhr,
 im Schlichtungsausschuss Groß-Berlin, Schlegelstraße 2, zu erklären.
 gez. Lüdemann,

Am Dienstag den 29. 7. 1919, nachmittags, hielten wir eine Ver-
 sammlung sämtlicher Funktionäre und Vertrauensleute des Siemens-
 konzerns ab. In dieser Versammlung wurde der Schlichtungsspruch zur

Die Arbeitnehmerbetriebe stehen auf dem Standpunkt, daß der
 Schlichtungsausschuss nicht berechtigt ist, Strafen zu verhängen, und
 daß sie aus diesem Grunde einem Schlichtungsspruch, der für die zwei
 Entlassenen eine um drei Tage verzögerte Wiederaufnahme der Arbeit
 vorseht, nicht zustimmen können.
 gez. Lüdemann."

Kennntnis genommen und den Arbeitern der Siemenswerke die Aufnahme der Arbeit mit folgender Resolution empfohlen:

Die heute versammelten Arbeiter der Siemenswerke protestieren auf das energischste gegen den am 28. Juli d. J. gefällten Spruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin.

Nach Ansicht der Arbeiter steht dem Schlichtungsausschuss das Recht, über die Funktionen der Betriebs- und Arbeiterräte zu urteilen, nicht zu. In dem Spruch des Schlichtungsausschusses, die Bestrafung der Vertrauensleute betreffend, erblicken sie eine durch nichts begründete Überschreitung der Rechte und Befugnisse des Schlichtungsausschusses.

Im Interesse der weiteren friedlichen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Metallindustrie sind die Streikenden jedoch bereit, den Kampf zu beenden und die Arbeit wieder aufzunehmen unter der Voraussetzung, daß Maßregelungen nicht erfolgen.

Die Arbeiter verpflichten sich, die auf drei Tage Gemächregesten materiell aus Mitteln der Allgemeinheit voll zu entschädigen.

Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes wird beauftragt, die Entscheidung herbeizuführen über die Frage, ob der Schlichtungsausschuss berechtigt ist, Strafen zu verhängen.

Die Abstimmung über die Wiederaufnahme erfolgte am Mittwoch den 30. Juli, und am Donnerstag den 31. Juli wurde die Arbeit von sämtlichen Beschäftigten, mit Ausnahme der auf drei Tage Gemächregelungen, wieder aufgenommen.

Wenn die Arbeiterschaft der Siemenswerke nun glaubte, der Streik sei erledigt, so sah sie sich getäuscht. Die Generaldirektion der Siemenswerke verfügte, daß die auf drei Tage Gemächregelungen nicht zu den alten Arbeitsbedingungen wieder eingeführt werden, das heißt, sie sollten nunmehr ohne Kündigung beschäftigt werden.

Der Vorstoß der Arbeitgeberorganisation ist abgefallen. Weiter wird jedoch die Arbeiterschaft, besonders werden die Metallarbeiter Groß-Berlins auf der Hut sein müssen vor weiteren Angriffen des Kapitalismus, der die Absicht hat, die Organisation der Arbeiter in Berlin zu zertrümmern.

- Jauer 1000. Kamenz 800. Ramin 250. Karlsruhe 20 000. Rattow 12 000. Rauburgen 200. Rempert 600. Riel 20 000. Rixdorf 500. Rixdorf 200. Rixdorf 2000. Rixdorf 1471,17. Rixdorf 238,14. Rixdorf 900. Rixdorf 800. Rixdorf 1200. Rixdorf 200. Rixdorf 200. Rixdorf 300. Rixdorf 500. Rixdorf a. B. 200. Rixdorf 700. Rixdorf 5000. Rixdorf 3000. Rixdorf 750. Rixdorf 700. Rixdorf 800. Rixdorf 1000. Rixdorf 500. Rixdorf 124,02. Rixdorf 6000. Rixdorf 452,46. Rixdorf 16 000. Rixdorf 600. Rixdorf 5157,15. Rixdorf 400. Rixdorf 1800. Rixdorf 1500. Rixdorf 400. Rixdorf 3000. Rixdorf 800. Rixdorf 400. Rixdorf 1500. Rixdorf 700. Rixdorf 3000. Rixdorf 2000. Rixdorf 800. Rixdorf 1. Th. 2000. Rixdorf 800. Rixdorf 50 000. Rixdorf 300. Rixdorf 1100. Rixdorf 1500. Rixdorf 900. Rixdorf 10 000. Rixdorf 1000. Rixdorf 1800. Rixdorf 3800. Rixdorf 25 000. Rixdorf 3000. Rixdorf 955,07. Rixdorf 1500. Rixdorf 15 000. Rixdorf 1194,50. Rixdorf 592. Rixdorf 300. Rixdorf 400. Rixdorf 600. Rixdorf 4000. Rixdorf 300. Rixdorf 500. Rixdorf 621,68. Rixdorf 178,79. Rixdorf 833,72. Rixdorf 10 000. Rixdorf 6000. Rixdorf 150. Rixdorf 300. Rixdorf 5000. Rixdorf 1000. Rixdorf 300. Rixdorf 82 560. Rixdorf 8000. Rixdorf 200. Rixdorf 6000. Rixdorf 3000. Rixdorf 1400. Rixdorf 1400. Rixdorf 600. Rixdorf 800. Rixdorf 7600. Rixdorf 3000. Rixdorf 1500. Rixdorf 1000. Rixdorf 700. Rixdorf 4000. Rixdorf 3200. Rixdorf 20 000. Rixdorf 712,15. Rixdorf 1000. Rixdorf 300. Rixdorf 3100. Rixdorf 6400. Rixdorf 600. Rixdorf 1400. Rixdorf 500. Rixdorf 3000. Rixdorf 1000. Rixdorf 1000. Rixdorf 700. Rixdorf 2200. Rixdorf 2000. Rixdorf 2000. Rixdorf 6000. Rixdorf 10 000. Rixdorf 500. Rixdorf 500. Rixdorf 1000. Rixdorf 1000. Rixdorf 500. Rixdorf 4000. Rixdorf 10 000. Rixdorf 10 000. Rixdorf 248,50. Rixdorf 550. Rixdorf 3000. Rixdorf 1600. Rixdorf 800. Rixdorf 2200. Rixdorf 5000. Rixdorf 3312,42. Rixdorf 5400. Rixdorf 2500. Rixdorf 25 000. Rixdorf 346,40. Rixdorf 452,68.

Aufopferung haben die Kollegen den Aufbau und die Erhöhung der Mitgliederzahlen der Verwaltungstelle befragt. Waren am 1. November 1918 unsere Mitglieder nur eine kleine Schar von 224 gegen über den ungefähr 6000 hier und in der Umgebung beschäftigten Metallarbeitern, so haben wir am 1. Dezember 571 Mitglieder. Anfangs Dezember wurde der Kollege Endemann von der Bezirksleitung zur Agitation in das Oberpfälzer Südtongebiet gesandt. Mit treuer Mitarbeit der alten Gewerkschafter der Verwaltungsstellen stieg der Mitgliederstand. Es waren jeweils Mitglieder am 1. Januar 876, 1. Februar 1365, 1. März 1834, 1. April 2515, 1. Mai 2904 und heute sind es über 3500, darunter 234 weibliche Mitglieder. Es verteilten sich die Mitglieder auf die Orte: Amberg 1712, Rosenbergländchen 1008, Fronberg 77, Schwanau 179, Weiden 127, Bodenbach 245, Weiherhammer 84, Altdorf 30 und ungefähr 40 Kollegen in anderen Orten als Einzelmitglieder. Die selben sind aus den Betrieben verschwunden; kein Arbeiter meint ihnen eine Traue nach, aber mancher Bluch hat sie auf ihrer Fahrt in den Erlauf begleitet. Sie waren doch die Werkzeuge, die die Arbeiterschaft Amberg zugunsten der Unternehmer niederhielten. Die Arbeiter wurden mit Löhnen abgefertigt, daß sich die Unternehmer jetzt selbst wundern, wie die Arbeiterschaft damit durchkommen konnte. Sollten jemals die selben in dieser Werte wieder mit der Werbung einsehen, so wäre bei dem Gab, mit dem die Arbeiterschaft — und mit Recht — ihrer gedankt, ein Kampf zu befürchten, den zu vermeiden auch die Unternehmer alle Ursache haben. Hier, wo mit zwei gegnerischen Fronten zu rechnen ist: Unternehmer und Welsche, und dann noch mit den christlichen Gewerkschaften, tritt in unserm Verband der politische Gegensatz in der Gewerkschaft nicht zu zutage. Man ist sich hier bewußt, daß der Kampf gegen die Gegner der Arbeiterschaft. Der Parteikampf wird in ruhiger sachlicher Form ausgetragen, ohne in die Gewerkschaft überzugreifen. Man sieht an den Erträgen in der schwarzen Oberpfalz mit ihrem für die freien Gewerkschaften recht geringen Boden, daß nur durch gemeinsames Zusammenarbeiten dem Gegner Erfolge abgutzuhauen sind. So soll, muß und wird es bleiben, wenn frühe Richtungen in der Gewerkschaft dies ernstlich wollen. Bei uns, die wir von politischen und gewerkschaftlichen Gegnern umstellt sind, gilt kein zaghaftes Rechts- oder Unrechtsmoment, wir müssen aufwärtssteigen.

Esse a. R. Die am 27. Juli im evangelischen Vereinshaus abgehaltene außerordentliche Generalversammlung, die sehr gut besucht war, nahm den Geschäfts-, Kassen- und Revisionsbericht für das 2. Vierteljahr 1919 entgegen. Den recht umfangreichen Geschäftsbericht erläuterte der Kollege Wolf. Er feierte die Situation der Verwaltungsstelle, die zu Anfang des 2. Vierteljahrs vorhanden war. Die Bezugsarbeiterbewegung, die gerade anfangs April mit großer Wucht einsetzte, übertrug sich auch auf die Metallarbeiter. Der Waffenfund bei der Firma Krupp (6 Maschinengewehre und 240 Gewehre) schlug dem Gab den Boden aus. Obwohl die Firma wiederholt den Gewerkschaftsvertretern und dem Arbeiterschuß erklärte, nichts damit zu tun zu haben, die betreffenden Betriebsführer hätten aus eigener Liebhaberei die Waffen, die eigentlich nach München transportiert werden sollten, zurückgehalten, schenkte jedoch in dieser Angelegenheit der Firma kein Mensch Vertrauen. In dieser bewegten Zeit begannen die Verhandlungen zu dem Abschluß eines Tarifvertrages mit der Firma Friedr. Krupp. Den vornehmsten Stellen sich die Vertreter der Gewerkschaften und der Arbeiterschaft auf den Standpunkt, je früher eine Mindestlohnlinie zu verlangen. Die Firma fräunte sich zuerst ganz gewaltig dagegen, mußte aber ihren Widerstand aufgeben. Zunächst wurden die Löhne in den Feuerbetrieben tariflich geregelt. Außer den genannten Umständen bezüglich der Mindestlöhne muß anerkannt werden, daß die Verhandlungen ziemlich schnell vorwärtsschritten. Erstaunt wurden sie nur dadurch, daß der Tarif vollständig neu aufgebaut werden mußte und gerade in diesen Betrieben eine sehr vielgestaltige Arbeiterschaft vorhanden ist. Die Erhöhung der Stundenlöhne schwankt in diesen Betrieben von 40 bis 60 %, die Stundelöhne, ganz besonders lenkten wir unser Augenmerk darauf, die schlecht bezahlten Arbeitergruppen im Verhältnis zu den früheren Umständen mit den übrigen Arbeitern besser zu entlohnen. Anfangs Mai begannen die Verhandlungen über die Löhne der Hilfsarbeiter, Kettenanschläger, Maschinenisten usw. Auch die Firma Krupp hatte sich, nachdem der Streik beigelegt war, von ihrem ersten Schreck etwas erholt und zeigte sich bei diesen Verhandlungen recht widerwillig. Besonders die Hilfsarbeiter, die ja bei der Firma Krupp unter einem ganz besonders unangünstigen System entlohnt wurden, bedurften dringend einer Aufbesserung. Die Stundenlöhne betragen für Hilfsarbeiter 1,39 M., im höchsten Maße, und das waren Selbsterlöse, 1,52 M. Diese Löhne wurden aber erst erreicht bei einem Alter von 36 Jahren. Die Löhne wurden erhöht auf 1,85 M für ganz leichte Hilfsarbeiten bis zu 2,05 M. Letztere für Hilfsarbeiter in den Feuerbetrieben. Der Widerstand der Firma verstärkte sich bei den Verhandlungen für Facharbeiter. Die Firma stellte sich auf den Standpunkt, daß sie zurzeit ein Ueberangebot von gelerntem Facharbeitern hätte, wir möchten deshalb solange mit der tariflichen Regelung für diese Gruppe warten, bis ein besserer Zeitpunkt dafür gekommen sei. Ein Angebot, das bei den Vertretern der Gewerkschaften und der Arbeiterschußmitgliedern allgemeinen Ersauern hervorrief. Es wurde der Direktion erklärt, daß die Arbeitervertreter nicht die Konjunktur als maßgebend für die Regelung der Löhne betrachten, sondern die Arbeitsleistung und die Bewertung der einzelnen Arbeitskräfte. Die Durchschnittsverdienste der Facharbeiter betragen 2,30 M bis 2,40 M. Es war natürlich nicht leicht, die gerade in dieser Zeit vertriehenen Wünsche und Forderungen der Arbeiter durchzusetzen. Bei den Verhandlungen stellte sich die Firma auf den Standpunkt, daß bei den Arbeitsleistungen eine Schwächung vorhanden sei, insofern müsse auch dies in den Löhnen zum Ausdruck kommen. Es blieben den Arbeitervertretern zwei Wege übrig, entweder: Spannungen in die Lohnsätze mit aufzunehmen oder das von der Firma vorgeschlagene Gruppensystem anzunehmen. Nach längerem Erwägen der Arbeitervertreter wurde letzteres angenommen. Wenn auch da und dort Schwierigkeiten eintreten, so kann man doch zum Ausdruck bringen, daß es immer noch besser ist, als Spannungen in die Lohnsätze aufzunehmen. Die Mindestlöhne betragen für die gelernten Facharbeiter in Gruppe I 2,50 M., in Gruppe II 2,35 M. und in Gruppe III 2,20 M. Die Grundgrundlage der Löhne für die Arbeiter, die in Stundenlohn arbeiten, ist je um 20 % höher als der Mindestlohn. Die übrigen Facharbeiter sind noch in weitere Lohnstufen A, B, C, D und E eingeteilt, die in ihren Sätzen um je 5 %, von einander abweichen. Besondere Schwierigkeiten mußten überwunden werden bei der Einreichung der Facharbeiter in die einzelnen Lohngruppen und -stufen, die von einer Sachkommission aus der betr. Werkstatt, dem Betriebsausschuß und der Betriebsleitung gemeinsam vorgenommen wurde. Hier kamen Erklärungen zutage, die auch unseren zukünftigen Betriebsräten zur Beurteilung übergeben werden müssen. Mancher Kollege, der ein ziemlich harter Kritiker an der Regelung der Verhandlungskommission war, sah die Schwierigkeiten denn doch ein, selbst mitemischen zu müssen über die Fähigkeiten und Arbeitsleistungen seiner Kollegen. Besonders Ersauern rief es bei der organisierten Arbeiterschaft hervor, daß die Wirtschaftsfriedlichen mit dem Tarif nicht zufrieden waren. Man nannte ihn einen jämmerlichen Vertrag. Bornum, ist auch klar ersichtlich, weil wir bei den Verhandlungen mit dem Direktorium für zum Ausdruck brachten, daß die abgehoffenen Tarifsätze nur für organisierte Arbeiter Geltung haben. Kollege Wolf wies besonders darauf hin, daß ein Tarifabschluß, wie er bei der Firma Krupp getätigt ist, ein ungeheures Stück Arbeit kostete wegen der starken Verschiedenartigkeit des Betriebes. Es sei ein Unterschied, einen Tarif abzuschließen, der nur eine kleine Anzahl Arbeiter umfaßt, als einen Tarif bei Krupp, der 35 000 Arbeiter unter einem Gut bringen soll. — Der Referent berichtete noch über das Kollektivabkommen mit den Gießereien und Maschinenfabriken, an dem 40 Firmen beteiligt sind. Dort waren ebenfalls große Schwierigkeiten zu überwinden, weil man dort einem ganz neuen Gebilde, dem sogenannten Arbeitgeber-Verband für Essen und Umgebung gegenüberstand. Die Löhne standen in dieser Betrieben ebenfalls sehr niedrig; es wurde nach längerer mühevoller Verhandlung folgendes festgelegt: für gelernte Facharbeiter über 25 Jahre 2,30 M. Mindestlohn, angelernte 2,10 M., Hilfsarbeiter 2 M.

Die Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Einseher von Geldern werden hierdurch dringend gebeten, vorstehende Quittung genau zu prüfen und etwaige Unstände sofort an uns zu berichten. Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Streitigkeiten zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 24. August der 35. Wochenbeitrag für die Zeit vom 24. bis 30. August 1919 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Beitragsklasse:			Beginn der Beitragserhöhung
	I	II	III	
Nachen	30	—	15	36. Beitragswoche.
Bischofsberg (Ostpr.)	20	—	—	35.
Hamburg	30	—	15	32.
Fürstberg	15	—	—	34.
Hannau	30	—	15	34.
Kelsterbach	30	15	15weibl. 10jungbl.	36.
Rixdorf a. d. S.	30	15	10	36.
Rottbus	20	—	10	36.
Limburg a. L.	30	15	15	36.
Einbau	20	15	15	33.
Deberau	—	—	10	34.
Osterohe (Ostpr.)	20	—	—	35.
Lobnau	30	—	—	23.
Triptis	30	—	—	36.
Wienhausen	20	—	15	35.

Belgoland einmalig eine Mark. Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts: Auf Antrag der Verwaltungsstelle Hamburg: Der Schmied Heinrich Gerdes, geb. am 17. Dezember 1885 zu Lengwarden, Buch-Nr. 2,072,136, wegen betrügerischen Manipulationen mit Beitragsmarken. Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Quittung

über die vom 1. bis 31. Juli 1919 bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgelder.

- Von Achern 400 M. Alfeld 3000. Altena 10 000. Altenburg 5000. Alt-Karbe 400. Altmasser 4000. Amberg 4000. Anklam 3000. Annaberg 1700. Arnbach 1000. Apolda 2000. Arnswalde 1000. Altschaffenburg 4000. Aue 4300. Bamberg 3000. Barth 500. Baylen 3000. Belgard 280. Bendorf 5200. Bismarck 300. Bergedorf 6000. Bergen 305,98. Berlinchen 568. Bernsdorf 300. Bergdorf 250. Biberach 1000. Biederkopf 350. Bielefeld 20 000. Bitterfeld 4000. Blonkenburg a. S. 2000. Bosholt 1563,40. Bodnitz 1000. Boizenburg 1000. Bremen 10 000. Breslau 25 000. Brieg 3500. Brunnhütten 400. Brunsau 1500. Burg 2500. Burghausen 1000. Buxb. 1400. Crotzheim 100. Culm 750. Euzhausen 1000. Ezerf 934,95. Deißel 200. Demmin 800. Dillenburg 142,50. Dirschau 1998. Döbeln 3000. Dömitz 356,36. Dresden 5000. Erieten 300. Duerbach 500. Duisburg 30 000. Düsseldorf 15 000. Eberstadt 350. Ebingen 2000. Eilenburg 1400. Eintracht 1000. Eifenach 500. Eisleben 1000. Emden 2500. Emmerich 850. Erbach 500. Eperit 12 000. Erlangen 3500. Ethen 46,30. Eßlingen 12 000. Forchheim 500. Frankfurt a. O. 1500. Freiburg 4600. Freiburg i. Schl. 1200. Freifling 1200. Freudenstadt 300. Friedenshütte 6000. Friedland 300. Fürstberg 100. Fürstwalde 2000. Furzwangen 3000. Gießen 3000. Glauchau 1200. Gleiwitz 7800. Glogau 400. Glogitzsch 300. Göttingen 2000. Gräfenhain 250. Greifswald 400. Greiz 600. Groß-Rätzsch 500. Gumbinnen 988,32. Gummersbach 6000. Günzow 1000. Gaijer 1800. Halberstadt 1000. Hall 600. Gamseln 5000. Garmisch a. Sieg 2300. Garburg 8000. Garzgerode 1400. Garmna 400. Geibe 250. Geilnau 739,32. Helmstedt 1500. Gemgisdorf 500. Gerhorn 600. Gerford 1600. Gerzberg 1000. Gerstfeld 5000. Gildesheim 6000. Gindenburg 14 000. Girschberg 6000. Girschen 600. Gößfeld 3000. Göttingen 300. Göttingen 1000. Göttingen 9612,30. Grotberg 818,03. Gumbau 600. GutsMuths 1337,32. Gutzkow 300.

Zur Beachtung! - Zugang ist fernzuhalten:

- von Drechern nach Soest (Ja. Rulhemeyer) D.;
- von Elektromotoren nach Danzig (u. St.);
- von Formern und Gießereihilfsarbeitern nach Vogelzang i. M. (Schröder & Bröding) D.; nach Soest (Ja. Rulhemeyer) D.;
- von Feigungsmonitoren und Helfern nach Stendal (Gebr. Hoff) D.;
- von Feilschmiedern nach Düsseldorf (Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik) St.; nach Soest (Ja. Rulhemeyer) D.;
- von Klempnern und Installateuren nach Wittenberge, Bez. Potsdam, P.;
- von Metallarbeitern nach Danzig D.; nach Gumbinnen v. St.; nach Lindau D.; nach Memmingen (Ja. Schulz) M.; nach Oberdorf i. Th. St. u. M.; nach Überlingen (Ja. Turbo, Maschinenfabrik) St.; nach Weimar M.;
- von Metallbrüchern nach Arnstadt (H. Engelhardt) D.; nach Plettenberg (Firmen E. Seiffenschmidt und R. Seufhe) D.;
- von Schmitt- und Stanzbauern, Schlossern, Drechern und Stahlgrabenern nach Zwickau (Ja. Rob. Kötsch) P.;
- von Zingelern nach Regensburg (Ja. Wiedemann) D.

2. = Lohnbewegung; D. = Ditzingen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände.

Berichte

Chirurgie- und Orthopädie-mechaniker.

Rürnberg. Wie selten hat man in der Metallarbeiter-Zeitung oder in sonst einem Organ der organisierten Arbeiterschaft etwas von unserem Beruf gehört. Der 4-jährige Krieg mit einer seiner grau-samsten Begleiterscheinungen, der Verarmung von Millionen der fröhlichsten Männer, hat dem Berufe der Chirurgie- und Orthopädie-mechaniker eine Aufgabe gestellt, die ihn dazu berechtigt, sich gleichbedeutend neben jeden anderen Beruf zu stellen. Bemerkenswert und ermutlich bei dieser Aufgabe ist der Umschwung, der dabei auf gewerkschaftlichem Gebiete zu verzeichnen ist. Durch den ungemessenen Aufschwung, den der Beruf genommen hat, war es dem Unternehmertum nicht möglich, schnell genug die nötigen Fachleute zu erhalten, weil sie einfach nicht vorhanden waren. So kam es, daß Kollegen aus der Metallindustrie sowie der Lederindustrie usw. ihren Einzug in den Beruf hielten. Mit Frauen nahmen diese die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse wahr. Kein Wunder, was doch die Organisation eine derartige, daß man davon überhaupt nicht reden konnte. So war es die erste Arbeit unserer Kollegen, alles zur Organisation heranzuziehen. Und siehe, es war nicht allzu schwer. In wenigen Wochen konnten wir in Nürnberg auf eine vollständig organisierte Belegschaft blicken. Sofort ging es an die Einreichung eines Lohnsatzes und zur Gründung einer eigenen Branche im Deutschen Metallarbeiter-Verband. Daraus auch manche Schwierigkeiten zu überwinden, kostete es eine ziemlich große Geduld derer, denen nun ihr wirtschaftliches Glend vor Augen geführt wurde, so konnten wir doch nach wenigen Wochen einen Tarif zum Ausdruck bringen, der die volle Zustimmung aller Kollegen fand. Wir erzielten ein Einstellungslohn für Facharbeiter über 21 Jahre 2,30 M. im ersten Jahre nach der Lehrzeit 1,70 M. von da bis zum 21. Jahre 2,20 M.; angelernte Arbeiter über 21 Jahre (Lehrzeit 1 Jahr) erhalten 2,10 M., unter 21 Jahren 1,70 M. Arbeiterinnen über 21 Jahre 1,40 M., unter 21 Jahren 1,15 M. Urlaub wird unter Fortzahlung des Lohnes gewährt: Nach dem ersten Jahr 3 Tage, jedes weitere Jahr um einen Tag mehr bis zur Höchstzahl von 10 Tagen. — Nichtsdestoweniger heißt es jetzt fest und trenn zusammenzufassen, um das Erreungene festhalten und weiter ausbauen zu können. Den Kollegen in allen anderen Orten verfaßt wir zu: Organisiert euch alle, gründet Branchen und schafft euch Verhältnisse, die eines Arbeiters im freien Volkstaat Bayern würdig sind! Hans Freitenfelder.

Metallarbeiter.

Amberg. In der letzten Mitgliederversammlung gab nach Vortrag des Kassenberichts der Kollege Endemann einen Bericht über das 1. Halbjahr 1919. Der Amberg trübe eine Sachlage der schwarzen und Welsche, so hat die reinigende Wirkung der Umwälzung bewiesen, daß die Mehrzahl der tüchtigen, gelehrten und Hilfsarbeiter zu unserer Seite stehen. Die Verwaltungsstelle Amberg, die so recht die Kennzeichen einer Bezirksverwaltungsstelle hat, in der die einzelnen Ortsgruppen mehr als 100 Kilometer auseinanderliegen, hat ein ungemessenes schwieriges Arbeitsfeld. Sollen doch früher nur die christlichen Gewerkschaften hauptsächlich in den Staatsbetrieben unerschöpfliche Ausbreitungsmöglichkeit. Freiorganisierte, Sozialdemokraten bildete man vor und während des Krieges in diesen Betrieben nicht. Mit großer

gelernte Formner 2,40 M.; in den Automobilbetrieben: ge- lernte Handwerker Klasse I über 25 Jahre 2,40 M., Klasse II 2,20 M. Angelernte Handwerker in den Maschinenfabriken. Vergleichs- wurde ein Tarif abgeschlossen für selbständige Monteur. Dort wurde ein Stundenlohn von 2,75 M. vereinbart, Auszahlung bei Montagen, wenn diese weniger als 14 Tage dauert, 10 M. den Tag, bei längerer Dauer 8 M. den Tag. In den Montagetrieben der lei- genannten Betriebe wurde ebenfalls der Satz mit aufgenommen, daß die vereinbarten Löhne nur Gültigkeit haben für die anerkannten Gewerkschaften angeschlossener Mitglieder. Die organisierte Arbeit- schaft stellt sich mit Recht auf den Standpunkt, daß es endlich mit der Driedbergerei vorbei sein müsse. Wenn jemand an der Erzun- generschaft der Arbeiterbewegung teilnehmen will, soll er auch ein kleines Opfer bringen. Wer nicht tut, wird nicht miternten. Der Tarif für die Klempner wurde gekündigt, ein neuer abgeschlossen. Der Stundenlohn, der bisher 2 M. für Wjährige Gesellen betragen hat, beträgt in Zukunft 2,35 M. im Alter von 24 Jahren. Der Anfangs- stundenlohn von 1,20 M. für Ausgelernte wurde auf 1,40 M. erhöht. — Neben wies noch auf die abgeschlossenen Bezirksstatie der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und der Straßenbahnen hin, die mit ganz besonderen Schwierigkeiten zu Ende geführt wurden. Bei letzteren mußte der Reichskommissar Sebering, um überhaupt die Verhandlungen zu brechen, einen Schiedsrichter fällen. — In seinen Schlussfolgerungen ging der Redner noch auf die in letzter Zeit von den hiesigen Kommunisten betriebene Arbeiterverflechtung ein. Obwohl die Kommunisten Federl und Lange auf dem Gewerkschaftskongress erklärt haben: Sinein in die Gewerkschaften, predigen die hiesigen Kommunisten: Heraus aus den Gewerkschaften! Mit ganz besonderer Geschäftigkeit werden die Anhänger der U. S. P. in den Versammlungen heruntergerissen. Kein gutes Haar bleibt an ihnen. Man propagiert eben den Grundsatz: Verleumde nicht draußlos, etwas bleibt schon hängen. Die dunklen Gestalten, die an der Spitze dieser Bewegung stehen, machen mit wertigen Ausnahmen nicht das, was sie von ihren Anhängern ver- langen: Heraus aus den Gewerkschaften! Unsere Funktionäre sind diesen Übertrieben ganz kräftig entgegengetreten und die Herrschaften haben keine Lorbeeren ernten können. Ein ganzes Duzend Mitglieder hat man uns absperrig gemacht. — Redner berichtigte zum Schluß noch über eine Verhandlung mit der Firma Friedr. Krupp, in der vom Arbeiterausschuß eine einmalige Feuerungszulage für die Arbeiter verlangt wurde. Die Vertreter der Arbeiter begründeten diese Maß- nahme damit, daß die Preise für die Lebenshaltung unmaucher ge- stiegen seien, so daß es angebracht sei, eine einmalige Summe zu gewähren, damit die Arbeiter sich die so dringend notwendigen Kleidungsstücke und sonstigen Gegenstände anschaffen kann. Der Ver- treter der Firma Krupp, Herr Direktor Viehhaber, erklärte, daß die Not unter den Kruppianern nicht so groß sein könne, wie sie von den Arbeitervertretern geschildert wurde; denn sie hätten ja immer noch 20 Millionen Mark auf der Kruppischen Spar- kasse, ohne das Uebrige, das er nicht kontrollieren könne, und das bei der städtischen Sparkasse angelegt sei. Es wird je interessant sein, von der Firma Krupp zu erfahren, aus welchen Schichten sich die Sparer zusammensetzen; denn teilsweise, daß ein großer Teil der Sparanlagen den Beamten der Firma gehört. Aber auch den Kruppianern soll dieses Vorkommen eine Mahnung sein; man sollte ein- sehen, wofür es führt, wenn wirklich einmal ein Arbeiter in der Lage ist, einige Groschen zu sparen und dadurch dem Arbeitgeber Einbuße in seine Familienverhältnisse gestiftet sind. — In der Fußsprache wurde die Arbeit der Ortsverwaltung durchweg anerkannt. Der Kol- lege Otto Weinauge wurde ohne Ausschreibung als Büroangestellter gewählt. Ein Antrag auf Erhöhung des Lokalstellenbezuges wurde angenommen. Mit dem Hinweis, jeder Kollege solle zur Stärkung der Organisation beitragen, zumal die Unternehmer bei Verhandlungen wiederholt zum Ausdruck brachten, daß sie nur bald Tarife kündigen werden, wurde die eindrucksvolle Versammlung geschlossen.

Schmiede.

Der Krieg, der seinen zerstörenden Einfluß nach jeder Richtung hin ausgeübt, hat natürlich auch innerhalb des Schmiedebetriebs, besonders im Kleingewerbe stark gewirkt. Alles, was hier an Aufbau der Organisation vorhanden war, war verschwin- den, da ja alles, was dienstfähig gewesen ist, einzuziehen mußte. Wer da blieb, wurde durch die harte Arbeitsleistung, die der Schmiedebetrieb an und für sich mit sich bringt und den Druck von oben ziemlich niedergedrückt. Es beharrte einer zähen Arbeit, bis endlich der Drahter Schmied, den man jetzt immer als das Symbol der Kraft und Stärke hinstellt, sich aufraffte, um seine wirtschaftliche Lage zu verbessern. Den Bemühungen der verschiedenen Kollegen ist es auch gelungen, einen Fortschritt zu erzielen. In den Versammlungen, die sich mit Berufsfragen beschäftigten, wurde allgemein bemängelt, daß die Schmiede Deutschlands zu wenig Fühlung miteinander hätten, es sollte die Metallarbeiter-Zeitung mehr zur Aussprache be- nutzt werden. Auch sollte endlich einmal die vom Vorstand bei dem Uebertritt der Schmiede zugeordnete Reichskommission der Schmiede- stiftungen von Mannheim können wir nun sagen, daß wir im Klein- gewerbe und auch in den Groß- und Mittelbetrieben Unterlagen ge- schaffen haben, auf denen unbedingt weitergebaut werden muß. Es wurde für Meistergesellen zwischen der Schmiedezweigvereinigung Mann- heim und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, Geschäftsstelle Mann- heim, unter Hinzuziehung der Lokalkommission für die Schmiedegesellen des Mannheimer Schmiedebetriebs folgendes Abkommen getroffen: A. Arbeitszeit. 1. Die wöchentliche normale Arbeitszeit beträgt 46 Stunden. Sie beginnt jeden Sonntag mit Ausnahme des Sonntags morgens 7 Uhr und endet mit einer Pause von zwei Stunden (12 bis 2 Uhr) nachmittags 5 Uhr. Sonntags wird durch- gearbeitet von morgens 7 Uhr bis mittags 1 Uhr. 2. Ueber- stunden sind nach Möglichkeit zu vermeiden; müssen solche in drin- genden Fällen geleistet werden, so wird für Arbeiterinnen 2 v. H. für Nachtarbeit 50 v. H. für Sonntagarbeit und an gesetzlichen Feiertagen 100 v. H. Zuschlag bezahlt. Als Ueberstunden kommen die ersten zwei Arbeitshunden, die über die wöchentliche normale Arbeitszeit geleistet werden, in Betracht. Die weiteren kommen als Nacharbeit in An- rechnung. — B. Lohnfragen. Die Stundenlöhne werden wie folgt festgesetzt: 1. Jung-, Rand- und Beschlagsschmiede nach beredeter Gehalt im 1. Jahre nicht unter 1,80 M., im 2. Jahre nicht unter 2 M., im 3. Jahre nicht unter 2,20 M. 2. Feuerschmiede: Angehender Feuerschmied nicht unter 2,90 M., selbständiger Feuerschmied nicht unter 3,20 M. Wenn jetzt selbständige Arbeiter bei diesen Sätzen gegenüber dem jetzigen Lohn eine Erhöhung von 20 v. H. nicht erreichen, ist eine Forderung in dieser Höhe zu gewähren. Sämtliche Stundenlöhne sind Mindestlöhne und einer Steuer nach oben keine Schranken gesetzt. Die Lohnzahlung erfolgt wöchentlich am Sonntag mit Zahlung der Arbeitszeit bezahlt. Als Ueberstunden kommen die ersten zwei Arbeitshunden, die über die wöchentliche normale Arbeitszeit geleistet werden, in Betracht. Die weiteren kommen als Nacharbeit in An- rechnung. — C. Allgemeine. Die Gewerkschaft der Schmiede muß durch den jährlichen Arbeitsnachweis einzigen Weg- weiser dienen. Die Lohnverhältnisse sind wöchentlich mit dem 1. Juni 1919 an auszugeben, als Ersatz für eine einmalige Lohnzahlung. — Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit mit einer Bewährungsfrist von 3 Jahren abgeschlossen. — Für die Feuerschmiede werden monatlich für die Schmiede, die in Lohn- bezug, folgende Mindeststundenlöhne festgesetzt: Für Feuerschmiede in der 1. Klasse 3,40 M., in der 2. Klasse 3,20 M. Feuerschmiede erhalten, auch wenn sie das Schmiedehandwerk nicht ausüben, die Mindestlöhne der Feuerschmiede mit einem Zuschlag von 30 v. H. Die Verteilung des Mindestlohnes zwischen Jung- und Feuerschmieden wurde in der Weise geregelt: Von 1 M. Abschlagsbetrag erhält der Feuerschmied: der Jungschmied: 1. Wenn ein Feuerschmied und ein Jungschmied zusammenarbeiten 0,35 = 0,25 und 0,25 2. Wenn ein Feuerschmied und zwei Jungschmiede zusammenarbeiten 0,35 = 0,22 und 0,22 3. Wenn zwei Feuerschmiede und zwei Jungschmiede zusammenarbeiten 0,35 = 0,23 und 0,21 In Betrieben, wo noch größere Partien vorhanden sind, wird die Abschlagszahlung unter Zugrundelegung des Arbeitsnachweises besonders geregelt. Die Mannheimer Schmiede haben es vorsehlich in der Hand,

das begonnene Werk weiter auszubauen, die Reihen geschlossen zu halten. Denn klar ist es, daß die gesamte Arbeiterschaft schweren Kämpfen entgegengeht. In die Schmelze im Reich ergeht aber der Ruf, daß sie sich über die verschiedenen Fragen äußern, ihre Ver- hältnisse schildern, damit an dem Ausbau und Aufbau des großen Werkes, das die Arbeiterschaft zu erfüllen hat, gemeinsam gearbeitet werden kann.

Rundschau

Die Gewerkschaften und Deutschlands Schuld am Kriege.

Auf dem internationalen Gewerkschaftskongress in Amsterdam hat bekanntlich der deutsche Delegierte S a s s e n b a c h eine Erklärung über die Stellung der deutschen Gewerkschaften zum Kriege abgegeben, in der es unter anderem heißt: „Trotz zu Beginn des Krieges alles bekannt gewesen wäre, was in der letzten Zeit veröffentlicht wurde, wären wir nicht von unserer Regierung belegen worden, so wäre jedenfalls die Stellung der deutschen Arbeiterschaft und ihrer Vertreter vielfach eine andere ge- wesen. Auch wir wissen jetzt, nachdem uns die Wahrheit näher- gekommen ist, daß mondes, was wir unternommen haben, vielleicht besser anders gelautet wäre.“ Gegen diese Erklärung wurde von einer Reihe von Delegierten alsbald Verwahrung eingelegt. Jetzt hat der Vorstand des All- gemeiner Deutschen Gewerkschaftsbundes (früher: Generalkommission der Gewerkschaften) zu der Erklärung Sassenbachs durch folgenden Beschluß Stellung genommen: „Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat in seiner Sitzung vom 5. August zu der von dem Genossen Sassen- bach auf der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Amsterdam ab- gegebenen Erklärung Stellung genommen. Er stellt fest, daß der Genosse Sassenbach keinen Auftrag hatte, eine solche Er- klärung im Namen der Gewerkschaften Deutschlands abzugeben. Deren Stellungnahme zu den Kriegstragern wurde auf dem Gewerkschafts- kongress in Nürnberg eingehend erörtert und durch die mit großer Mehr- heit angenommene Vertrauensfundgebung für die Generalkommission endgültig festgelegt. Der Vorstand lehnt jede Verantwortung für die Erklärung des Genossen Sassenbach ab.“

Zur technischen Fortbildung der Metallarbeiter.

In Nr. 22 hatten wir einen Aufruf der Technischen Ver- lagsgesellschaft, G. m. b. H. Berlin W. 8, Leipziger Straße 101/102, veröffentlicht, worin sie alle Metallarbeiter, die die Gründung einer deutschen Zeitschrift nach Art des American Machinist für zweckmäßig halten, auffordert, sich mit ihr in Verbindung zu setzen. Wie wir vom Verlag erfahren, war der Erfolg zunächst sehr geringfügig, geradezu bescheiden, wenn man bedenkt, daß weit über eine Million deutscher Metallarbeiter die Metallarbeiter-Zeitung samt dem Aufruf erhalten haben. Allerdings teilt der Verlag nun folgendes mit: „Auf unseren Artikel Ein Weg zur technischen Fortbildung in Jahren geschätzten Blatt sind uns Hunderte von Zuschriften zugegangen, aus denen ein tiefes, freudiges Interesse für eine solche Fachzeitschrift sprach. Da vermutlich aber viele Laufende unsern Vorschlag geleert und dazu — geschwiegen haben, würden anscheinend jene recht behalten, die behaupten, daß die Metallarbeiter keine Fachzeitschriften lesen, keine lesen würden, auch wenn sie eine für sie bestimmte hätten, und sie nicht abonnieren würden. Dies ist nach unserer Ansicht eine Angelegenheit, die weit über die Bedeutung des unmittel- baren Anlasses hinausreicht. Wir haben bei unserem Vorschlag an Amerika gedacht, wo nahezu jeder Metallarbeiter eines der großen bestehenden Fachblätter liest, zu deren Inhalt die Metallarbeiter sogar in hohem Maße, und zwar wertvolle, praktische Beiträge liefern. Auf diesem Umstand beruht in nicht geringem Maße die Achtung, die in Amerika der Metallarbeiterstand genießt, der Einfluß, den er in den Fabriken hat, sowie die Möglichkeit, vorwärts zu kommen und sich selbständig zu machen. Denn sicherlich kann es vor der freien Öffent- lichkeit keinen besseren Beweis für die Fähigkeiten der Metallarbeiter und ihren Ehrgeiz, sie zu erweitern, geben, als wenn viele Laufende von ihnen Fachzeitschriften lesen und daran selbst mitarbeiten.“ Nach unserer Ansicht muß sich der deutsche Metallarbeiter künftig ebenfalls als Lesender fühlen und danach streben, als solcher angesehen zu werden. Dazu ist notwendig, daß er sich über die technischen Fort- schritte auf seinem Fachgebiet in der ganzen Welt auf dem Laufenden erhält, genau, wie der Techniker; daß er nicht nur weiß, wie in seiner Werkstatt gearbeitet wird, sondern auch wie in den anderen; daß er weiß, wie sein amerikanischer und englischer Kollege arbeitet. Ihm diese Kenntnis aus leichtem, bequemen und billigen Art zu vermitteln, wollen wir durch unsere Zeitschrift. Diese kann geschaffen werden, wenn in jedem Betrieb nur einige Metallarbeiter sind, die mit gutem Beispiel vorangehen und für die Suche werden wollen. Wenn solche noch vorhanden sind, bitten wir sie, sich an uns zu wenden. Zeitschrift für Metallarbeiter, Berlin W. 8, Leipziger Straße 101/102.“

Wenn wir nun auch nicht alle Hoffnungen teilen können, die der Verlag erweckt, so meinen wir doch, daß ein solches Unternehmen von unserer Kollegen gefördert zu werden verdient. Es ist drin- gend notwendig, daß sie sich technisch ausbilden, auch bei denen, die keine Lehrgänge durchgemacht haben und sich darauf verlassen, daß die wenigen Handgriffe, aus denen ihre Arbeit besteht, sich schnell erlernen lassen, und daß sie es dem Unternehmer überlassen können, sie ihnen bezubringen. Nach der durch gediegene technische Kenntnisse seine Stellung bedeutend verbessert. Auch uns haben einige Verbands- kollegen Kenntnis gefordert, die sich warm für die Gründung einer solchen Zeitschrift aussprechen. Aus Raumangel können wir sie nicht ver- öffentlichter; wir glauben jedoch, daß die Kollegen sich mit dieser Er- leuchtung der Angelegenheit zufrieden geben werden. Nicht nur poli- tische, sondern auch wirtschaftliche und technische Fortbildung fordert die heutige Zeit von der Arbeiterschaft und es scheint uns, daß der Verlag einen gangbaren Weg zur Förderung der technischen Kenntnisse einschlägt.

Vom Ausland

Schweiz. Bewegung 1918. Der Vorstand des Schweizerischen Metall- und Uhrmacher-Verbandes veröffentlicht in Nr. 28 der Schweiz- lichen Metallarbeiter-Zeitung eine Zusammenfassung über die Bewegung unserer schweizerischen Kollegen im vorigen Jahre. Beträgt waren 2519 Betriebe (1917: 2495) mit 161101 (116419) beteiligten Arbeitern. Davon waren organisiert 112064 (75303). Die Zahl ist höher als die Mitgliederzahl des Verbandes, was daher rührt, daß in vielen Betrieben mehr als eine Bewegung vorliegt. 49040 Arbeiter (12777) erzielten wöchentlich 141909 Stunden Ar- beitsleistung (23795). Dies geschah wöchentlich durch eine Be- wegung zur Verkürzung der Arbeitszeit von 57 auf 54 Stunden in der Woche. Die Lohnverhältnisse wurden wöchentlich 300.199,43 Fr. erreicht (178669) und an Feuerungszulagen 176622,16 (231969). Es wird nicht angegeben, auf wieviele Arbeiter sich diese Lohnverhältnisse verteilen, dagegen wird noch mitgeteilt, daß auf den einzelnen Be- zugsnehmer 6,14 Fr. kommen (3,78). Das ergibt 4882 Beteiligte. Der Gesamtbeitrag der Schöhmigen im vorigen Jahre, vom Tage des Jahresbeginns an gerechnet, erreichte die Summe von über 13 Mil- lionen Franken gegen 11089369 Fr. im Jahre 1917. Der Bericht- erstatter hebt noch hervor, daß die Zahlen noch höher gewesen wären, wenn alle Betriebe arbeitsfähig über ihre Bewegungen berichtet hätten und schließt mit folgenden Worten: „Trotzdem beweisen die Zahlen zur Genüge, was eine ziel- bewußte Organisation in letzten instände ist. Mehr als hochflühende Worte zeigen das die Zahlen selbst. Und gerade hier liegt eine Stärke in unserer Agitation: daß die Arbeiter immer mehr erkennen lernen, daß nur eine starke und große Organisation die Interessen der Arbeiter zu wahren imstande ist.“

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (B. a. G. Hamburg.)

Anfolge Raumangels in der Zeitung können die monatlich Über- mittlungen fernerhin nur noch in der vorliegenden abgekurz- ten Form veröffentlicht werden. Die in Nr. 16/17 d. Bl. vom 26. April 1919 ausgeschriebene S- liste befindet. Ein Bemerken um sie besten Dank! Den Erbenverwaltungen zur Kenntnis, daß Plakate vorlä- nisch geliefert werden können. Die letzte Auflage ist verbraucht von der Herstellung einer neuen mußte bisher mit Rücksicht auf Papierknappheit und die hohen Kosten abgesehen werden. Der Vorsta

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im Monat Juni 1919.

Einnahmen:

Von den Filialen eingekandt 62.607,63 M. Beiträge von Ge- mitgliedern 2352,10. Zinsen 27.139,88. Mieten 609,00. Sonstige 278,48. Zusammen 93.137,09 M.

Ausgaben:

An die Filialen gesandt 31.225,00 M. Krankengelder an Ein- mitglieder 1490,20. Rückzahlungen 4,50. Verwaltungskosten 19.168, Sonstiges 40,00. Zusammen 51.928,02 M.

Abchluß:

Einnahmen	93.137,09 M.
Ausgaben	51.928,02
Mehreinnahmen	41.209,07 M.
Kassenbestand am 1. Juni 1919	2814262,94
30. 1919	2855512,01 M.

Sterbefälle für Mitglieder der „Allgemeinen Kranken- u. Sterb- kasse der Metallarbeiter“ (B. a. G., Hamburg) und deren Frauen

Einnahmen:

Von den Filialen eingekandt 49.735,96 M. Beitrittsgehd 4,00. B- läge 498,65. Zinsen 6533,40. Sonstiges 20,55. Zusammen 56.792,56 M.

Ausgaben:

An die Filialen gesandt 17.322,05 M. Verwaltungskosten 3863,4 Sonstiges 2,60. Zusammen 21.188,10 M.

Abchluß:

Einnahmen	56.792,56 M.
Ausgaben	21.188,10
Mehreinnahmen	35.604,46 M.
Kassenbestand vom 1. Quartal 1919	656621,02
2. 1919	692225,48 M.

Mit Gruß B. Wulvers, Hauptkassierer

Verbands-Anzeigen

- Mitglieder-Versammlungen.
- Sonntag, 24. August: Ritzingen a. M., Goldenes Römen, 10. Samstag, 30. August: Solmer i. Posen, Volksgarten, 1/8. Sonntag, 31. August: Ritzsch D.-S. Carnes, 10-12 Uhr. Zambach, Ritzsch, 3 Uhr. Freitag, 5. September: Waltershausen, Löwen, 8 Uhr. Zwickau i. Sa. (Elektronenteure). Weidewitz, Kömerstr. 20, halb 6 Uhr. Samstag, 6. September: Chemnitz (Baukempner), Hungers Restaurant, Augustusburger Str. 9. Samstag, 7. September: Stosch (Elektriker), Philharmonie, 10. Montag, 8. September: Stalupönen, Schabronath-Nachf., 6. Samstag nachmittags und Sonntags geschlossen. Eisenach. Die Verwaltungsteil- Anstalt (Züringen) ist mit der Verwaltungsteil Eisenach ver- schmolzen worden. Alle Sendungen sind an den Geschäftsführer Geor- Schnitzer, Eisenach, Markt- straße 8, zu richten. Angekündigte gesucht. Bendorf a. Rh. Geschäftsführer- Stelle. Mindestens 5-jährige Verbandszugehörigkeit. Mit allen Verbandsangelegenheiten vertraut und rednerisch begabt. Bewerbungen mit Angabe über Alter, Mitglieds- schaftsbauer und bisherige Tätig- keit in der Arbeiterbewegung bis zum 10. September an Bruno Nowack, Rheinst. 6, 1. Helfensteden. Agitations- beamteter, 5-jährige Verbands- zugehörigkeit. Nebenerwerbige Be- stellung voraussetzung. Gehalt pro Monat einschließlich Feuerungs- zulage 508 M. Bewerbungen mit Angabe über Alter, Beruf, Dauer der Organisationszugehörigkeit und bisherige Tätigkeit in der Arbeiter- bewegung bis zum 15. Sept. an den Bez. Karl Müller, Auguststr. 1.

Sonstige Anzeigen

(Schriften betr. die Arbeitergesetze sind niemals an die Redaktion, sondern stets nur an den Verlag der Metallarbeiter-Zeitung zu richten.) Wir suchen zum möglichst Wechanifer als Einrichter für unsere sofortigen Antritt einen mit Angabe der bisherigen Tätigkeit sowie man- richtigen Ort Junkers & Comp., Dessau.

Selbständig arbeitende Lehrlingformner

sofort gesucht. S. Paulsch, Mt.-Ges., Landsberg a. S. Erfahrener, selbständiger Unterwielder für Beschel- und Gleichstrommotoren in angenehme dauernde Stellung ge- sucht. Nähe des Schwarzwaldes. W. Suder, elektr. mechan. Werkstätte, Offenburg, Gaswerfstr. 5.

Einige tüchtige Formner

für dauernde Beschäftigung gesucht. Automobilfabrik Paul Geislich, Podenz, Wismar a. D. Pfe.

Einige tüchtige Metallbrücker

auf Aluminium-Bech- gelöhre bei hohen Lohn und Akord sofort gesucht. Güntige Lebensverhältnisse. Aluminiumwerk Anton Ellinghaus, Beckum i. Westfalen.

Tüchtige Kesselschmiede und Zuschläger

sucht der Arbeitsnachweis für die Metallindustrie in Schilgen a. M. und Umgebung, Marienstraße 3. (217)

Kunstschlosser

auf Schlosserarbeiten für den Sonder- eingearbeitet und bei Erfahrung in Treibarbeit, da- keiner Werkstatt in jeder Weise vorziehen kann, von großen Unternehmen in Berlin für dauernde Stellung gesucht. Angebote sind unter K. B. 2714 an den Verlag dieses Blattes zu richten. Druck und Verlag von Alexander Schirke & Co., Buchdruckerei und Verlag Stuttgart, Rötterstraße 16 B.